

NACZELNE DOWÓDZTWO W. P.  
(SZTAB GENERALNY)

Poczta polowa 53 5. MARCA 1921 r.

Oddział II informacyjny

Mw.2. Nr. 9211/II

Do

ADJUTANTURY GENERALNEJ

W BELWEDERZE .

Przeesła się do wiadomości memorjał niemiecki "Die Polenfrage in dem Ost- u. Westpreussischem Abstimmungsgebiete, Stand vor Mitte Dezember 1920" pióra urzednika niem. Min. Spraw Zagranicznych Poeschl'a:-

Ażeby zbadać na miejscu ustosunkowanie polsko-niem. w Prusach Wschodnich oraz obecny stan sprawy polskiej w tej prowincji, niem. "auewärtiges Amt" wysłało w grudniu 20 r. swego referenta spraw polskich, wyżej wspomnianego Poeschla, któremu jednocześnie polecono przedstawienie wniosków dotyczących sposobu zneutralizowa-

PILSUDSKI  
INSTITUTE  
ARCHIVES  
New York

nia irrydenty polskiej na Mazurach i w Warmji.

Opis powyższego memoriału sporządzono z oryginalnego dokumentu niemieckiego, znajdującego się w oddziale II. Nacz. Dow.

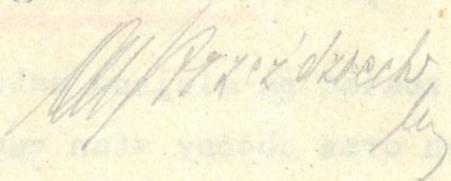
~~.....~~nik.

I. Zastępca Szefa Sztabu Gen.

K u l i ń s k i m. p.

General podporucznik

Za zgodność



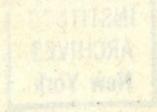
**GLÓWNE DOWÓDZTWO WOJSK POLSKICH**

ADJUTANTURA GENERALNA

WARSZAWA

L. Dział 257 dnia 9/10 1921 r.

.....  
Zatym. Wydział



Die Polenfrage  
in den Ost - und westpreussischen Abstimmungsgebieten  
Stand von Mitte Dezember 1920 .

Aufzeichnung auf Grund persönlicher Eindrücke während eines Aufenthalts in Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Deutsch Eylau und Allenstein vom 13. bis 18. Dezember 1920 r.

---00000---

I. Polnische Agitation.

Die Abstimmungsniederlage vom 11. Juli d. Js. hatte zunächst ein starkes Abflauen oder völliges Aufhören der national-polnischen Agitation zur Folge. Die Polen waren teilweise völlig vor den Kopf geschlagen und erkannten, dass sie sich in acht nehmen müssten. Doch machte die künstliche Erregung der Gesamtbevölkerung meist rasch einem normalen Zusammenleben wie in früheren Zeiten Platz. Zumal die niedere polnische Bevölkerung wurde im Hinblick auf die Niederlage und auf die Zustände in Polen schwankend.

Vor den Kommunalwahlen in Westpreussen lebte die Agitation wieder auf. Ein Zufallserfolg bei den Kirchenratswahlen im September in Stuhm, wo die Polen in der kath. Korchengemeinde sämtliche 5 Sitze errangen, mag dazu beigetragen haben, ihnen wieder Mut zu machen. Der Ausfall der Kommunalwahlen am 28. November war ein zweiter schwerer Schlag für die polnische Sache. Im Kreise Marienwerder hatten die Polen nur eine eigene Liste /Marienwerder Stadt/ aufgestellt und fielen mit 127 Stimmen /gegen 362 bei der Volksabstimmung/ aus. Im Kreise Stuhm, dem einzigen westpreussischen Kreise mit starker polnischer Minderheit, waren in 17 von 53 Ortsschaften polnische Kandidaten nominiert. Statt der bestimmt erwarteten 9 bis 12 Sitze, erhielten die Polen nur 5. Interessant sind folgende Zahlen für Kreis Stuhm: bei den Kommunalwahlen am 28. November 21,65% der abgegebenen Stimmen für polnische Kandidaten bei der Volksabstimmung am 11. Juli d. Js. 19,07%, bei den Reichstagswahlen 1903 40%, bei den Reichstagswahlen 1907 38%, bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1919 übten die Polen Wahlenthaltung; es wurden für

sämtliche deutschen Kandidaten insgesamt 58% aller wahlberechtigten Stimmen abgegeben. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1920 zählte der Kreis 58 % Einwohner mit deutscher, 42 % Einwohner mit polnischer oder polnischer und deutscher Muttersprache.

In allerjüngster Zeit sind in Westpreussen /besonders Marienburg/ und in Ermland /Kreis Rößel/ eine grössere Anzahl von früher dort ansässigen Polen wieder gesehen worden, die in der Abstimmungszeit als Agitatoren hervorgetreten und dann nach Polen abgewandert waren. Öffentliches Auftreten dieser Personen wird nicht gemeldet, doch wird anscheinend eifrig Hausagitation betrieben. Landfremde Elemente haben sich nur in vereinzelten Fällen gezeigt.-

Diese neuere vorsichtig betriebene Mundpropaganda arbeitet in der Hauptsache mit zwei Argumenten. In den verschiedensten Wendungen kehrt die Mahnung wieder; haltet aus, das Land wird noch polnisch. /Angeblich polnisches Lied: " Wenn die Weichsel fest wird, kommen wir und holen euch heim"./ Polnische Grossgrundbesitzer im Kreise Stuhm halten diese Hoffnung wach. Auch das polnische Generalkonsulat in Marienwerder ist nicht unbeteiligt- Das dortige Unterpersonal hat nach sicheren Nachrichten dem in Passachen versprechenden polnischen Publikum gesagt: die Polen kämen noch.

Das zweite beliebte Argument ist die Behauptung: die vor der Volksabstimmung den Polen gemachten Versprechungen /Minderheitenschutz/ würde nicht gehalten. Nach Mitteilung von Zentrumsseite hat diese Behauptung in einem Falle konkretere Gestalt angenommen, es handelt sich um die Frage der Schulaufsicht in einem Teile Westpreussens, wovon unter 5 /Minderheitenschutz/ noch die Rede sein wird.

Als eine Hauptaufgabe der neuerdings auftretenden Agitatoren gilt, in den hiesigen Abstimmungsgebieten Agitationsstoff für Oberschlesien zu sammeln. Die Schulaufsichtsangelegenheit dürfte zu diesem Zwecke ausgeschlachtet werden.

Mit Geldsammlungen in Westpreussen für Reichspolnische Zwecke /Haller-Armee/ und Rekrutenanwerbungen wird der Oberst-Lieutenant v. Donemirski in Graudenz /früher preussischer

Offizier, jetzt polnischer Generalstabsoffizier für Pommerellen/  
in Verbindung gebracht. Ein Dankschreiben von ihm an einen im  
Kreise Stuhm wohnhaften Polen für dort im Sommer d. Js. gesammelte  
Gelder liegt vor. Im Oktober wurden 5 bis 6 junge Polen beobach-  
tet, die mit Kofferchen von Stuhm Richtung Marienburg abfahren;  
man nimmt an, dass sie für das polnische Heer abgeworben waren.

Auffällige Aktendiebstelle in letzter Zeit, so bei  
dem Kreisrat in Stuhm durch dessen Abgestellten Twardowski, deu-  
ten auf das Bestehen eines geheimen Nachrichtendienstes hin.

## II. Polnisches Vereinswesen.

Nach polnischen Angaben von Ende November d. Js. be-  
stehen über beide Abstimmungsgebiete verteilt 36 polnische Verei-  
ne. Im Kreise Marienburg sind keine beobachtet worden; die während  
der Abstimmungszeit dort gegründete polnische Schule ist einge-  
gangen, ihr Lehrer verschwunden. Im Kreise Stuhm sind etwa 10  
Sokols bekannt, meist älteren Datums, einige neu gegründet, an-  
dere eingeschlafen oder nicht mehr erkennbar hervorgetreten.  
Ausserdem gibt es im Kreise Stuhm mehrere polnische Gesangverei-  
ne und Kirchenhöre, die polnische landwirtschaftliche Berufsve-  
reinigung für den Kreis Stuhm, 5 polnische landwirtschaftliche  
Vereine und 8 polnische Kindergärtnerinnen unter dem Protektor-  
rat der Gräfin Sierakowska /Gattin des Generalkonsuls in Marien-  
werder, galizische Prinzessin Lubomirska/.

Im Kreise Marienburg ist ein polnischer landwirt-  
schaftlicher ~~Rzecz~~ Verein bekannt. Im Kreise Rosenberg besteht  
keiner. Der in Deutsch Eylau zur Abstimmungszeit gegründete So-  
kol ist eingegangen. Dasselbe Schicksal haben die polnischen  
landwirtschaftlichen Vereine im Ermland erfahren, während Sokols  
dort vorhanden sind.

Masuren hat keine Sokols.

Als geistige oder materielle Stützpunkte der pol-  
nischen Irredenta gelten einige Grossgrundbesitzer /v. Donemirski  
Klein-Ramsen, v. Donemirski - Buchwalde, v. Szelski - Schönwiese,  
Graf und Gräfin Sierakowski - Gross Waplitz, jener wenig hervor-  
getreten / und einzelne geistliche /Kaplan Demski - Altmarkt  
Pfarrer Barczewski - Braunswalde/.

*mykalis  
Tobiasz  
Polak  
Konsul  
wiel  
uparty*

Ueberdies gibt es eine Anzahl polnischer Banken, meist Bank Ludowy genannt, mit unbeschränkter Haftung, von denen gefährdeter polnischer Grundbesitz hoch beliehen wird - so in Stuhm, Portscheiten, Marienwerder, Allenstein, Ortelsburg. Ferner eine Bank Dyskontowy in Alkenstein; nur von dieser ist Zusammenhang mit einem reichspolnischen Institut /Bromberg/ bekannt.

Auch das polnische Vereinswesen war durch die anfängliche Depression infolge der Abstimmungs-niederlage lahm gelegt, fängt aber in letzter Zeit wieder an aufzulauen, besonders in den Kreisen Stuhm und Rössel. Bedeutende Geldmittel /ganze Leiwagen voll Lebensmittel und Sachen bei Sokolifesten/ werden aufgewendet. Ihre Quelle ist unbekannt, doch wird vermutet, dass es polnische Staatsgelder sind, die durch die polnischen Konsularbehörden vermittelt werden.

Das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhange ist die Gründung des Polenbundes für Ost- und Westpreussen am 30. November d. Js. in Allenstein. Damit ist ein Zielbewusstes Zentralorgan für die polnische Irredenta in dem gesamten Abstimmungsgebiete geschaffen. Der Bund bezeichnet sich selbst als politische Partei. Er ist folgendermassen organisiert; Generalsekretariat in Allenstein; Sekretariat für das Weichselufergebiet in Stuhm Sekretariat für das Ermland in Allenstein /Leiter Barczewski als gefährlicher Abitator bekannt/; Sekretariat für Masuren in Ortelsburg /Leiter Jaroschik, Herausgeber der eingegangenen Zeitung Mazur/. Der Bund bezweckt Unterstützung der polnischen Sache mit legalen Mitteln; Aufstellung polnischer Kandidaten bei Wahlen, Belebung des polnischen Vereinswesens, wirtschaftliche Hebung der Polen und Heranbildung eines polnischen Mittelstands /Raiffeisensystem/ und anderes. Man nimmt an, dass der Polenbund die Seele systematischer Arbeit zur friedlichen Durchdringung des Abstimmungsgebietes im polnischen Sinne sein wird. Eine nahe Zukunft wird lehren, ob und wie weit dieses offizielle loyale Programm in der Wahl der Ziele und der Mittel überschritten werden wird.

Die kostspielige Organisation dürfte ohne reichspolnische Mittel nicht denkbar sein. Ueber den vermuteten Zu-

Zusammenhang des Polenbundes mit einer polnischen Propagandazentrale in Elbing ist noch nichts Zuverlässiges bekannt.

Eine wirksame Ueberwachung der polnischen Organisationen würde ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt werden können. Geeignete Persönlichkeiten und reiche Erfahrungen und Verbindungen sind noch aus der Abstimmungszeit vorhanden. Sie auszunutzen ist in der Hauptsache eine Geldfrage.

### III. Polnische Zeitungen.

Das wichtigste Organ der polnische Irredenta ist die in Allenstein erscheinende Gazetka Olsztyńska. Hauptschriftleiter der Galizer Lytko. Das Blatt hatte sich nach der Abstimmung auf behördliche Verwarnung hin eine gewisse Mässigung auferlegt, schlägt aber seit einiger Zeit wieder stark hetzerische Töne an. Bisher Wochenblatt, soll es vom 1. Januar 1921 ab als Tageszeitung erscheinen. Eine zweite Zeitung-Gazeta Polska in Marienwerder, erscheint nach zeitweiligem Verschwinden wieder.

In Stuhm wird eine Gazeta Stumska verbreitet, die nichtsanderes ist, als die Gazeta Gdańska mit aufgeklebtem Titel. Gerüchtweise verlautet, dass eine polnische Druckerei in Stuhm eingerichtet werden soll.

Natürlich werden auch reichspolnische Blätter gelesen. Der früher in Ortelsburg erscheinende, in polnischem Sinne redigierte "Mazur" ist am Tage vor der Abstimmung eingegangen und bisher nicht wieder aufgelebt. Die deutsche Gegenzeitschrift für die Masuren "Pruski Przyjaciel Ludu" /Preussischer Volksfreund/, zur Zeit 2300 zahlende Abonnenten 700 Freiemplare/ steht als Geldmangel vor dem Eingehen.

### IV. Abwanderung:

Der deutsche Abstimmungserfolg hatte zunächst ein Abfliessen polnischer Elemente zur Folge. Ein Teil derjenigen einheimischen Polen, die sich als Agitatoren besonders bemerkbar gemacht haben, verschwanden. Einige Grundbesitzer verkauften und zwar in Westpreussen und Ermland nur kleinere und kleinere / im Kreise Stuhm nach Angabe des dortigen Grundbuchamts etwa 10 Verkäufe/, In Mazuren /namentlich Osterode, Neidenburg/

vorwiegend die grösseren Besitzer; hier soll der polnische Grossgrundbesitzer, der im wesentlichen erst seit 1905 von Nationalpolen zusammengekauft worden ist, so gut wie verschwunden sein.

Auch städtische Grundstücke sind von Polen verkauft worden, so unter anderen in Marienwerder das polnische Hotel Casino und das Haus der polnischen Kinderbewahranstalt /Ochronka/; in Deutsch Eylau, wo der Abzug der Polen als besonders stark geschildert wird, ein Hotel. Ähnlich in Allenstein und an anderen Orten. Die Verkäufer in Stadt und Land vollzogen sich teilweise im Wege des Tauschens mit Deutschen aus den abgetretenen Gebieten. Uebrigens sind nicht alle Polen, die verkauft haben, aus Ostpreussen fortgezogen infolge von Sicherungsmassnahmen der Finanzämter auf Grund der Steuer und Kapitalfluchtgesetzgebung.

Diese Abwanderungsbewegung ist vor einiger Zeit mit lokalen Ausnahmen gestoppt worden. Vor etwa 6 Wochen wurde eine Anweisung an die polnischen Verwaltungsbehörden bekannt, keinen Polen aus Ostpreussen in Polen zum Grunderwerb zuzulassen. Die Gazeta Olsztyńska in Allenstein warnte öffentlich vor dem Wegzuge. Der Pole Jankowski in Allenstein, der Verwalter der dortigen Immobilien der polnischen Regierung, hatte Auftrag gehabt, alles bis auf das polnische Versammlungslokal, das Hotel Dom Polski zu veräussern. In der letzten Dezemberhälfte erhielt er die Weisung, die noch nicht abgeschlossenen Verkaufsverhandlungen abzubrechen. Unter anderem war von den 2 polnischen Druckereien am Orte die eine bereits verkauft, die zweite über die auch schon verhandelt wurde, bleibt nunmehr in polnischer Hand.

Für Kreis Stuhm und Marienwerderer-Niederung soll der schon erwähnte Oberstleutnant v. Donemirski in Graudenz die Parole ausgegeben haben: nicht verkaufen! mit der Begründung das Land wird noch polnisch.

~~Wysagaxsinnx~~

#### V. Zur Frage einer polnischen Invasion.

Das Gerücht, die Polen kämen, taucht an den langgestreckten Grenzen Westpreussens und Masuriens alljährlich von Zeit zu Zeit auf. Der Glaube an einen nahe bevorstehenden

Einmarsch polnischer Truppen wird, wie schon erwähnt, bei den Polen diesseits der Grenzen systematisch verbreitet. Aber auch unter den polnischen Truppen im Grenzgebiete wird, wohl um sie bei Stimmung zu erhalten, von Angriffsabsichten gefaselt. Die deutsche Bevölkerung hat sich im allgemeinen nach der Erfahrung "Der Wolff kommt" daran gewöhnt, derartige alarmgerüchte nicht tragisch zu nehmen. Solange der Pole dem Russen gegenüber die Hände nicht frei hat, traut man massgebenden polnischen Stelle ein ostpreussisches Abenteuer nicht zu.

Dagegen ist die Ansicht weit verbreitet, dass nach einem polnischen Erfolg gegen Russland bei der Unberechenbarkeit der polnischen Charakters alles möglich sei, wäre es auch nur, um die freierwerbenden polnischen Heereskräfte zu beschäftigen, oder dass sich einwirk zweiter Zeligowski für Ostpreussen oder Stuhlfände. Als ein anderer mächtiger Anreiz für eventuelle militärische Unternehmungen wird es betrachtet, wenn Danzig polnisch würde, und zwar um der durch das Abstimmungsgebiet führenden direkten Bahnlinie . Marienwerder - Deutsch Eylau - Soldau - Warschau willen.

Im Hinblick auf diese für den Augenblick nicht überschätzte, aber im Hintergrunde drohende Gefahr und auf die nähere Gefahr eines russisch-bolschewistischen Einmarsches wird die Erhaltung einer Selbstschutzorganisation allgemein als Lebensfrage bezeichnet. Es kann als sicher gelten, dass sich im Falle eines polnischen Angriffes die deutsche Bevölkerung einschliesslich eines beträchtlichen Teiles der Unabhängigen wie ein Mann erheben wird.

#### VI. Zur Frage des Minderheitenschutzes.

Die fromme Kirchlichkeit sowohl der katholischen Polen wie der protestantischen Masuren ist bekannt. Religiöse Fragen liegen dem Volke wirklich am Herzen, und soweit das das Verlangen nach Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache auftritt, kann angenommen werden, dass es sich in diesem <sup>Fall</sup> um einen eigenen Wunsch der einheimischen polnischen Bevölkerung handelt. Doch dürfte dies ausschliesslich für die

katholischen Polen in Westpreussen und Ermland gelten?

Bei den protestantischen Masuren ist die Jugend so durchgängig deutschsprachig, dass polnischer Religionsunterricht *weit* in Frage kommt. Bei Beibehaltung der bisherigen Schulpolitik dort wird die völlige Eindeutschung der Masuren binnen 20 bis 30 Jahren erwartet.

Eine gewisse Beunruhigung soll nach Mitteilung von Zentrumsseite die Frage der Schulaufsichts für einen Teil Westpreussens hervorgerufen haben? Es werde befürchtet, dass der katholische Kreis Stuhm, der bisher einem katholischen Kreisschulinspektor in Stuhm unterstand, ~~und~~ in zwei Teile zerlegt und jeder Teil zusammen mit einem überwiegend protestantischen Nachbargebiete einem protestantischen Schulinspektor unterstellt werden solle.

Der stark mit Polen durchsetzte Süden des Kreisse sei bereits angetrennt und dem protestantischen Schulinspektor in Riesenburg zugeweiht worden. Der Posten des tödlich verunglückten Schulinspektors Rudolf in Stuhm sei noch immer vakant. Diese Tatsache <sup>n</sup>würden zu der Ausstreunung benutzt, die Deutschen kehrten zu einer angeblich früher befolgten Politik zurück, die mit dem Schlagwort "Germanisierung durch Protestantisierung" gekennzeichnet wird. Die hier zitierten Gewährleute, insbesondere der im Abstimmungskampf um die deutsche Sache verdiente Probst von Marienburg, bezeichnen es als wichtig, im Hinblick auf die kommenden Wahlen und die Abstimmung in Oberschlesien, dass der Posten noch vorher mit einem Katholiken besetzt werde.-

Erheblich weitergehende polnische Wünsche in Schulsachen tauchen auf, doch gewinnt man den Eindruck, dass sie von aussen uns Land hereingetragen werden, sei es um die polnische Irridenta grosszupöppeln, sei es um aus der Nichterfüllung Agitationsstoff zu ziehen. So hat eine Abgeordnete des polnischen Sejm, die auch im Kreisse Marienwerder einen Wohnsitz hat, geäußert, es müsse ein polnisches Seminar und ein poln. Gymnasium für den Kreis Stuhm gefordert werden.

PILSUDSKI  
INSTITUTE  
ARCHIVES  
New York

VII. Zur Frage der inneren Kolonisation.

Von allen Seiten, insbesondere von den massgebenden Stellen in den Abstimmungsgebieten wird die Frage der inneren

*ministry  
with  
protestant  
German  
Kaiser  
from  
from*

Kolonisation als eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Angelegenheit angesehen, wenn man die gesamte Nationalpolitische und wirtschaftliche Zukunftsentwicklung des Landes ins Auge faest. Die praktischen Schwierigkeiten sind bekannt, aber mit der Zeit überwindbar. An geeigneten Grundstücken, die ohne Enteignung zu haben sind, fehlt es nirgend. So hat z.B. im Kreise Rosenberg der Freistag freiwillig Teile des Gross- und Mittelbesitzes zur Verfügung gestellt. Auch Domänen kommen in Betracht.

Es wird sich die Frage erheben, wie die Polen dabei zu behandeln sind. Werden polnische Siedler grundsätzlich ausgeschlossen, wie es wird das unter den Polen natürlich böses Blut machen, worauf auch schon von sozialdemokratischer Seite hingewiesen worden ist. Andererseits ist auf das warnende Beispiel von Kl. Nappern hinzuweisen. Dieses und 2 andere Dörfer im Kreise Osterode sind z. Bz. von der preussischen Ansiedlungskommission geschaffen und nur mit Polen besetzt worden. Der Erfolg ist dass die 3 Dörfer bei der Volksabstimmung verloren gegangen sind.

#### VIII. Die deutschen Parteien und die Polenfrage.

Das Zusammenstehen aller Deutschen im Abstimmungskampfe; in Ostpreussen unter Ausschaltung, in Westpreussen unter Mitwirkung der politischen Parteien wirkt noch nach. In Marienwerder besteht noch der deutsche Ausschuss für Westpreussen der aus führenden Persönlichkeiten der deutschnationalen, Volkspartei, Demokraten, des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie für die Volksabstimmung gebildet worden ist. Nach Erfüllung seines ursprünglichen Zwecks würde er sich einer neuen dauernden Aufgabe, der Sicherung des Abstimmungsergebnisses, zuwenden und mit diesem Programm weiterhin ein Hand in Hand Arbeiten der 5 Parteien in Fragen deutscher Kultur anstreben, wenn ihm die dazu erforderlichen Mittel zufließen.

Sind sich die genannten Parteien in ihrer grundsätzlichen Abwehrstellung gegen polnische Gelüste auf deutsches Gebiet einig, so gehen doch ihre Anschauungen über die empfehlenswerteste Taktik gegenüber den bei uns verbliebenen Polen auseinander. Vertreter der Rechtsparteien rücken in verschiedener Nuancierung die Forderung "festen Auftretens" in den

Vordergrund. Die weisen auf die Richtigkeit des polnischen Sprichwortes hin „Eher werden Feuer und Wasser als Pole und Deutscher sich einen“ und berufen sich darauf, dass energische Massnahmen wie z.B. die Ausweisung der jetzt im reichspolnischen Nachrichtendienst beschäftigten Stummer Kindergärtnerin Michalina Ciepielowaka wesentlich dazu beigetragen haben, nationalpolnischen Uebereifer zu dämpfen.

Die sogenannten Mehrheitsparteien befürchten von einer starken Hervorköhrung des nationalen Standpunkts die Ver-  
schärfung des nationalen Gegensatzes und damit die innere Stär-  
kung des Polentums. /Angeblicher Ausspruch eines Polen: "Wir  
wünschten uns in jedem Kreise eine Weichselzeitung - rechts ge-  
richtete Neugründung in Marienwerder/. Sie streben an, die  
deutschen Polen zu spalten und die loyalen Elemente als deut-  
sche Staatsbürger auf dem Boden gemeinsamer kirchlicher und  
sozialer Interessen herüberzuziehen.

Gewisse Erfolge des Zentrums und der Mehrheitsozial-  
demokratie in dieser Richtung sind zu verzeichnen. Das Zentrum  
war während der Abstimungszeit und ist noch jetzt bei den Po-  
len die verhassteste, weil gefährlichste Partei. Die Arbeit der  
deutschen katholischen Geistlichen und Lehrer wird allgemein  
gerühmt. Vor den westpreussischen Kommunalwahlen gaben die Po-  
len die Parole aus : Kein Pole wähle Zentrum; will er nicht  
polnisch wählen, dann nur S.P.D. Die Sozialdemokraten nehmen  
für sich den Erfolg in Anspruch, dass in fast reinpolnischen  
Gemeinden auf grossen polnischen Gütern stellenweise nur knappe  
polnische Mehrheiten erzielt worden sind. Ein sozialdemokrati-  
scher Führer in Westpreussen äusserte: "Wir sind in erster Li-  
nie Deutsche und sichten die Polen für uns zu gewinnen, tritt ab  
aber der Polenbund schaff auf, so sind auch wir für entsprechen-  
scharfe Massnahmen". Mehr als Stimmungsbild denn als prakti-  
scher Vorschlag ist die Aeusserung eines Allensteiner S.P.D.  
Führers zu werten: Die Arbeiterschaft bleibt bei der Stange,  
wenn sie ein grosses nationales Ziel vor Augen hat, wie es bei  
der Volksabstimmung der Fall war. Fehlt das, so verfällt sie  
wieder in Eigenbrödelei. Ein solches Ziel wäre auch die Wieder-  
gewinnung unserer Brüder in Soldau und im Korridor". - Der durch

diese Auserprüche gekennzeichneten Richtung steht eine andere., von Königsberg aus geführte, mehr parteipolitische Ziele verfolgende gegenüber.

Die U.S.P.D. spielt in den Abstimmungsgebieten keine sehr bedeutende Rolle. In Stuhm hat sie bei den Gemeindevahlen Listenverbindung mit den Polen angestrebt. In Allenstein wurden nach der Volksabstimmung den Polen Dr- Langowski 250.000 Mark aus polnischen Staatsmitteln zu Verfügung gestellt, um mit den Unabhängigen Verbindung zu halten.

#### IX. Deutsche Vereine.

Als örtliche Träger des deutschen Gedankens bestehen noch überall im Abstimmungsgebiet die für die Abstimmung ans Leben gerufene Heimatvereine, im ostpreussischen Teil mit rund 200x 200.000 Mitgliedern, zusammengefasst im Erbländer und Masuranbund in Westpreussen mit etwa 40.000 Mitgliedern, vereinigt im Verband westpreussischer Heimatvereine. Sie sind unter Ausschaltung der politischen Parteien gegründet, umfassen alle Bevölkerungskreise und betonen ihren unpolitischen Charakter. Ihre gute Wirkung während der Abstimmungszeit ist unbestritten, wagegen wird ihre politische Unparteilichkeit neuerlich in Zweifel gezogen. Stimmen in Zentrum, unter den Demokraten und Sozialdemokraten, namentlich in Westpreussen, bemängeln, dass die Heimatvereine zumal bei Besetzung der wichtigsten Vorstandstellen mehr und mehr in die Hände von Anhängern der deutschen Volkspartei und der Deutsch-nationalen und in reaktionäres Fahrwasser gerieten. Der Sozialdemokratische Parteitag in Königsberg hat geradezu beschlossen die Parteigenossen sollten aus den Heimatvereine austreten. Viel Beachtung hat dieser Beschluss in Ostpreussen wohl nicht gefunden. Ein Allensteiner Sozialdemokrat erklärte: seine Parteifreude träten lieber aus der Partei als aus dem Heimatverein aus. Auch in Westpreussen sind bekannte Sozialdemokraten, z.B. der Vorsitzende des Ländarbeitsverbandes im Kreise Marienburg, im Vorstände von Heimatvereinen verblieben.

Uebrigens haben vielfach auch Polen an den Veranstaltungen der Heimatvereine teilgenommen und sind in einigen Fällen

PLSDSMA  
INSTITUTE  
ARCHIVES  
New York

INSTITUTE  
ARCHIVES  
New York

auch Mitglieder geworden.

Ein weiterer mehrfach gegen die Heimatvereine erhobener Vorwurf besagt, dass sie ihr programmatisches Ziel, Förderung deutscher Kultur, mit allzu oberflächlichen Mitteln verfolgen.

Von nationalpolitischem Standpunkte aus dürfte zu sagen sein, dass ein Eingehen der Heimatvereine in stark mit Polen durchsetzten Gegenden den polnischen Sokols zugute kommen würde. In Masuren, das als Ganzes erst noch endgültig für das Deutschtum zu gewinnen ist, sind sie oder ähnlich Einrichtungen zur fortgesetzten Betonung des Deutschtums kaum zu entbehren.

Die Frage ob sich die Heimatvereine werden halten können, ist wiederum eine reine Geldfrage. Eigene Mittel in erheblichem Umfange aufzubringen, wäre nur durch starke in Anspruchnahme einzelner vermöglicher Mitglieder und Gönner möglich und davon wird eine Gefährdung der politischen Unabhängigkeit befürchtet. Es werden daher staatliche Zuschüsse gewünscht, wie sie auf der Gegenseite den Sokols zufließen.

Das recht schwierige Problem das die Gemüter ziemlich erhitzt, in welcher Weise die Verwendung solcher Staatsmittel durch paritätische Ausschüsse der politischen Parteien zu kontrollieren wäre, ohne den Heimatvereinen ihren unpolitischen Charakter und ihre Selbstständigkeit zu nehmen, wird von Optimisten unter den örtlichen Kennern für lösbar gehalten.

#### X. Gesamteindruck.

-----

Der Kampf der Polen um das Ost- und Westpreussische Abstimmungsgebiet mit dem Stimmszettel ist verloren, seine Wiederaufnahme bei künftigen Wahlhandlungen wird bis auf Weiteres - wenn auch immer wieder versucht - erfolglos sein. Ob ein Kampf mit dem Waffens in nächster Zeit versucht werden wird, ist unberechenbar und von hieraus nicht zu beurteilen; grosse Wahrscheinlichkeit spricht in der gegenwärtigen Lage nicht dafür. Der Kampf auf dem Wege der friedlichen Durchdringung hat begonnen. Sein nächstes Ziel ist Erhaltung und Stärkung einer polnischen Irredenta. Der Glaube an weiterreichende Ziele wird mindestens um ihrer verblichenen Kraft willen wachgehalten.

Die Bekämpfung dieser Bestrebungen und die Sicherung des Abstimmungsresultates durch Ueberwachen der polnischen Irredenta, allmähliches Herüberziehen loyaler Elemente, strenge gegen inloyale Elemente, planmäßige Siedlung und Wacherhaltung des deutschen Volkbewusstseins verspricht in allen Teilen der Abstimmungsgebiete Erfolg, bedarf aber zu ihrer vollwirksamen Durchführung der Unterstützung durch Reichsmittel.

Königsberg i.Pr. den 20. Dezember 1920.

/-/ Poeschel

Za zgodność odpisu

*Archniob bar.*

